



Zuspitzung der Hungerkrise: Wie die G7 verhindern kann, dass der Krieg in der Ukraine die weltweite Hungerkrise verschärft

Zusammenfassung

Der Krieg in der Ukraine hat verheerende Auswirkungen weltweit für Menschen, die in Krisenregionen leben. Besonders betroffen sind Menschen in Ländern, die einkommensschwach und von Nahrungsmittelimporten abhängig sind. Sie sind nicht nur von den aktuellen Unterbrechungen der Lieferketten, explodierenden Lebensmittelpreisen und der steigenden Inflation betroffen, sondern auch von den Folgen von Konflikten, COVID-19 und der Klimakrise.

Dieser Bericht stützt sich auf die Arbeit von IRC in ernährungsunsicheren Ländern und verdeutlicht, wie die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine bereits bestehende Hungerkrisen verschärfen. Auch wird aufgezeigt, wie die Gruppe der Sieben (G7) und die internationale Gemeinschaft verhindern können, dass der Krieg gefährdete Bevölkerungsgruppen weltweit an den Rand einer Hungersnot treibt.

Eine Verschärfung des globalen Hungers

Bereits im März 2022 äußerten sich die Landwirtschaftsminister*innen der G7 besorgt über die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die weltweite Ernährungssicherheit. Die Ukraine und Russland sind wichtige Lieferanten von Energie, Nahrungsmitteln und Düngemitteln für einige der am stärksten von Ernährungsunsicherheit betroffenen Weltregionen (siehe Tabelle 1). Aufgrund der Unterbrechung der ukrainischen Lieferketten und Exportbeschränkungen für Lebensmittel sind die Preise für wichtige Güter stark angestiegen. Regierungen in von Krisen betroffenen Ländern sind wegen eingeschränkter fiskalischer Kapazitäten und Reserven nicht in der Lage, die Folgen der Inflation auf ihre Bevölkerung abzumildern.

Das Ergebnis sind verheerende Auswirkungen auf den Hunger weltweit: Wenn nicht schnell gehandelt wird, werden dieses Jahr voraussichtlich bis zu 323 Millionen Menschen von akutem Hunger betroffen sein; zu Beginn des Jahres waren es noch 276 Millionen Menschen.

Hohes Risiko der Lageverschlechterung in langwierigen Krisenregionen

Während die internationale Gemeinschaft mit der nötigen Eile auf den Krieg in der Ukraine reagiert, besteht die Gefahr, dass langwierige Krisen in anderen Teilen der Welt übersehen werden. Es wird erwartet, dass die bereits unterfinanzierten humanitären Hilfspläne für 2022 nicht vollständig finanziert werden da aktuell wichtige Gelder für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gekürzt werden. Dies deutet auf einen Trend zur Umverteilung von Hilfsgeldern zugunsten der ukrainischen Zivilbevölkerung hin, der sich noch verschärfen könnte.

Anhand von vier bereits bestehenden Krisen – in Afghanistan, Jemen, am Horn von Afrika und in der Sahelzone – zeigt dieser Bericht die unmittelbaren und langfristigen Auswirkungen die aus dem Anstieg der Nahrungsmittelpreise und den Versorgungsunterbrechungen infolge des Ukrainekriegs resultieren. Engpässe bei der Finanzierung humanitärer Hilfe und mangelnde politische Aufmerksamkeit werden Hunger, Unterernährung und Ernährungsunsicherheit in diesen Regionen erheblich verschlimmern – insbesondere für Frauen, Kinder und andere gefährdete Gruppen.

Geschrieben von Ilana Gelb, Laurence Gerhardt, Daphne Jayasinghe, Franziska Obholzer, Marcus Skinner und Anneleen Vos mit Unterstützung von Louise Holly. Übersetzt ins [Deutsche](#) von Jassin Irscheid und Lena Görger. Unser Dank gilt den Kolleg*innen von IRC für ihre hilfreichen Einblicke und wichtigen Beiträge.

Bild: © IRC/Badghis, Afghanistan. Eine landwirtschaftlich tätige Familie aus Abkamari verließ ihre Heimat, als eine schwere Dürre ihnen keine andere Wahl ließ. Sie erhielten von IRC Bargeld zur Deckung von Lebensmittel- und medizinischen Kosten sowie zur Teilrückzahlung von Schulden, die sie in den vergangenen Jahren aufgenommen hatten.

Tabelle 1: Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten unter den von Ernährungsunsicherheit betroffenen Bevölkerungsgruppen

	Anzahl der akut von Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen ¹	Anzahl der Kinder unter 5 Jahren, die an akuter Unterernährung leiden	Gesamtanteil der importierten Nahrungsmittel	Prozentsatz des aus der Ukraine und/oder Russland importierten Weizens
Afghanistan	19.7 Millionen	3.2 Millionen	20 Prozent (Weizen)	0.76 Prozent
Jemen	19 Millionen	2.2 Millionen	90 Prozent (alle Getreidesorten)	46.3 Prozent
Somalia	6 Millionen	1.4 Millionen	90 Prozent (alle Getreidesorten)	92 Prozent
Sahel (Burkina Faso, Kamerun, Tschad, Mali, Niger, Nigeria)	34.1 Millionen	> 7 Millionen	8-28 Prozent (Weizen, Reis und Grobgetreide)	30-50 Prozent

¹Krisenniveau - IPC 3 oder schlimmer. Quellen: Afghanistan IPC Classification März - Mai 2022 und 2022 Global Report on Food Crises: Jemen: Prognosedaten für Juni - Dezember 2022; Somalia: Prognosedaten für April - Juni 2022 und Sahel: Prognosedaten Juni - August 2022 (Summe der Daten für sechs Länder). In den Prognosen sind die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine noch nicht vollständig berücksichtigt.

Maßnahmen zur Beendigung der Hungerkrise

Der Krieg in der Ukraine lenkt dringend benötigte Aufmerksamkeit auf die Schwächen unserer globalen humanitären und multilateralen Systeme sowie der Ernährungssysteme. Solange diese nicht reformiert werden, werden politische Trägheit und Untätigkeit angesichts von Ernährungsunsicherheit und Verstößen gegen das regelbasierte internationale System weiterhin Millionen von Menschen in den Hunger treiben und sie zu gefährlichen Überlebensstrategien zwingen.

Um zu verhindern, dass der Ukrainekrieg die weltweite Hungerkrise verschärft, richtet IRC vier dringende Appelle an die G7 und die internationale Gemeinschaft:

1. Keine Krise vergessen: Sicherung und Aufstockung der Hilfsgelder zur Verhinderung von akutem Hunger und Hungersnöten
2. Bewährte Maßnahmen ausweiten, die die weltweiten Folgen des Ukrainekriegs auf den Hunger eindämmen
3. Die Fehler im globalen Ernährungssystem ausbessern
4. Humanitäre Diplomatie stärken und völkerrechtliche Straflosigkeit beenden

Durch schnelles und koordiniertes Handeln kann die G7 Leben und Lebensgrundlagen retten, die Resilienz von Krisen betroffenen Menschen stärken und künftigen Schocks in Ernährungssystemen vorbeugen. Zu den vorrangigen Maßnahmen muss die Kombination von humanitärer Hilfe – mit Schwerpunkt auf Bargeldhilfen sowie geschlechts- und klimasensible Maßnahmen zur Bekämpfung von Unterernährung und Ernährungsunsicherheit – mit vorrauschaudenden Ansätzen und diplomatischen Bemühungen zur Gewährleistung des humanitären Zugangs und der Einhaltung des humanitären Völkerrechts gehören.

Wenn sich die G7 Minister*innen sowie Staats- und Regierungschef*innen treffen, müssen sie die Gelegenheit und die Verantwortung wahrnehmen, gegen die weltweite Hungerkrise vorzugehen und verhindern, dass der Krieg in der Ukraine Menschen in Krisenregionen weltweit in eine Hungersnot treibt. Der Aufruf Deutschlands zu einem Bündnis für globale Ernährungssicherheit im Rahmen der G7 ist ein vielversprechender Schritt – insbesondere, wenn er mit der Verpflichtung verbunden ist, bestehende und neue Initiativen wie das [Global Network Against Food Crises](#) (Globales Netzwerk gegen Nahrungsmittelkrisen) und die vom UN-Generalsekretär eingesetzte [Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance](#) (Globale Krisenreaktionsgruppe für Nahrung, Energie und Finanzen) umzusetzen. Die Solidarität, die die G7-Mitglieder als Reaktion auf den Angriff der Ukraine gezeigt haben, muss nun dringend durch Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen für den globalen Hunger in anderen Teilen der Welt ergänzt werden.

Kurzinformationen

Ernährungsunsicherheit

- 811 Millionen Menschen hungern.
- Vor Beginn des Krieges waren 276 Millionen Menschen in 81 Ländern akut ernährungsunsicher.
- 44 Millionen Menschen leiden weltweit unter Notfallniveaus von akuter Ernährungsunsicherheit (eine Einstufung, die besagt, dass sie stark von einer Hungersnot bedroht sind) – ein Anstieg gegenüber 34 Millionen im Jahr 2021.
- Über eine halbe Million (570 000) Menschen waren 2021 in vier Ländern (Äthiopien, Südsudan, Jemen, Madagaskar) vom Hungertod bedroht.

Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine

- Das Welternährungsprogramm (World Food Programme - WFP) schätzt, dass durch die Kriegsfolgen weitere 47 Millionen Menschen in akuter Ernährungsunsicherheit sein könnten.
- Mit Stand vom 5. Mai 2022 ist der Agrarpreisindex im Vergleich zum Januar 2021 um 41 Prozent gestiegen. Die Preise für Mais und Weizen sind um 54 Prozent bzw. 60 Prozent gestiegen.
- Die Preise für Düngemittel sind im März sprunghaft angestiegen, um fast 20 Prozent seit Januar 2022, und sind damit fast dreimal so hoch wie vor einem Jahr.

Die Folgen des Kriegs in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine und die Angriffe auf die Zivilbevölkerung haben die Welt schockiert. Innerhalb von 11 Wochen zwang der Krieg 6,2 Millionen Menschen zur Flucht aus dem Land und vertrieb weitere 7,7 Millionen innerhalb der Ukraine – insgesamt fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Der Konflikt hat die zivile Infrastruktur mit der Zerstörung von Geschäftszentren, Krankenhäusern, Schulen, Wohngebäuden, Wasserwerken und Stromnetzen dezimiert. Der Internationale Strafgerichtshof hat eine Untersuchung wegen möglicher Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord eingeleitet. Untersuchungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ergaben „... eindeutige Muster von Verstößen [gegen das humanitäre Völkerrecht] durch die russischen Streitkräfte bei der Durchführung der Kampfhandlungen“. Besonders besorgniserregend ist, dass die Vorgänge in der Ukraine zwar entsetzlich, aber kein Einzelfall darstellen. Weltweit sind Verstöße gegen das Völkerrecht der brutale Standard der Kriegsführung. Der Krieg in der Ukraine ist bezeichnend für das „Zeitalter der Straflosigkeit“, in dem die Regeln des Kriegs ständig gebrochen und die Täter*innen selten zur Rechenschaft gezogen werden.

Die verheerenden humanitären Folgen des Krieges sind nicht auf die Ukraine und die umliegenden Länder beschränkt. Die weltweite Abhängigkeit von in der Ukraine und Russland produzierten Lebensmitteln und anderen Rohstoffen bedeutet, dass von Krisen betroffene Menschen außerhalb Europas auch massiv von den Auswirkungen von Unterbrechungen der Lieferketten, explodierenden Lebensmittelpreisen und der steigenden Inflation betroffen sind. Diese Menschen leiden jedoch bereits an den Folgen von Konflikten, COVID-19 und dem Klimawandel. Aufgrund ihrer begrenzten fiskalischen Kapazitäten und Reserven sind von Krisen betroffene Staaten am wenigsten in der Lage, die Auswirkungen von starken Preisanstiegen auf ihre Bevölkerung abzumildern. Das Ergebnis ist eine verheerende Hungerkrise. Dutzende Millionen Menschen werden in eine unsichere Ernährungslage gedrängt, und die Gefahr von Unterernährung und Hungersnöten wächst.

Nach Angaben der Weltbank hat der Krieg in der Ukraine die globalen Handels-, Produktions- und Verbrauchsmuster so stark verändert, dass die Preise bis Ende 2024 auf einem historisch hohen Niveau verharren werden. Infolge

wird die globale Ernährungsunsicherheit und Inflation weiter verschärft. Die UN haben den Ernst der Lage erkannt und die Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance ins Leben gerufen. Die 32-köpfige Gruppe soll sicherstellen, dass die internationale Gemeinschaft koordiniert auf diese anhaltenden Krisen reagiert und hochrangige politische Aufmerksamkeit aufrechterhalten wird.

Steigende Preise und Versorgungsunterbrechungen

Die Ukraine und Russland sind weltweit wichtige Exporteure von Energie, Lebensmitteln und Düngemitteln. Die Unterbrechung der ukrainischen Lieferketten und die von der Ukraine und Russland verhängten Ausfuhrbeschränkungen haben zu einem drastischen Anstieg der Rohstoffpreise geführt. Zusammengenommen machen die Lebensmittelexporte der Ukraine und Russlands 12 Prozent des weltweiten Kalorienverbrauchs aus. Da die ukrainischen Getreidefelder zu Kriegsschauplätzen werden und Millionen von Ukrainer*innen vertrieben werden, ist

die Aussaat von lebenswichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Millionen von Menschen auf der ganzen Welt ernähren, bereits zurückgegangen. Gleichzeitig sind Häfen am Schwarzen Meer wie Odessa, über die 98 Prozent des gesamten ukrainischen Getreides exportiert werden, geschlossen. Dadurch wurde die Versorgung von Weltregionen unterbrochen, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind. Dies wirkt sich auf die Lebensmittelpreise aus: Anfang Mai 2022 war der Agrarpreisindex um 41 Prozent höher als im Januar 2021, wobei die Preise für Mais und Weizen um 54 Prozent bzw. 60 Prozent gestiegen sind.

Der Ukrainekrieg hat katastrophale Auswirkungen auf die weltweite Nahrungsmittelversorgung und treibt einen bereits bestehenden Teufelskreis aus Hunger, Konflikten, Unterversorgung und Klimakatastrophen weiter voran. 2021 kam es zu einem beispiellosen Anstieg der Lebensmittelpreise und der Transportkosten von Lebensmitteln zu Menschen in Krisenregionen sowie zu einer Zunahme von Hunger. Sollte sich der Krieg in die Länge ziehen, sind die längerfristigen Risiken für die weltweite Nahrungsmittelversorgung und die Märkte gravierend. Russland und Belarus – beide derzeit betroffen vom globalen Sanktionsregime – sind zwei der größten Düngemittel-Exporteure der Welt, auf die 33 Prozent der Kaliumdünger- und 15 Prozent der Stickstoffdünger-Exporte entfallen. Da die Düngemittelpreise bereits vor dem Konflikt ein Rekordhoch erreicht hatten, könnte eine durch den Krieg in der Ukraine verursachte Verknappung dazu führen, dass in Weltregionen wie dem Horn von Afrika und der Sahelzone, die einkommensschwach und von Ernährungsunsicherheit geprägt sind, erhebliche Preissteigerungen und in der Folge schlechte Ernten auftreten.

Verschärfung der bereits bestehenden Hungerkrise

Bereits durch die COVID-19-Pandemie wurden Fortschritte bei der Verwirklichung des Zero Hunger Ziels der Agenda 2030 gefährdet, den weltweiten Hunger bis 2030 zu beenden. IRC schätzt, dass erzielte Fortschritte um mindestens fünf Jahre zurückgeworfen wurden. Nun wird die Umsetzung des Ziels durch den Anstieg der Lebensmittelpreise und Versorgungsprobleme weiter bedroht. Im März 2022 äußerten sich die Landwirtschaftsminister*innen der G7 tief besorgt über die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die weltweite Ernährungssicherheit. Der Konflikt treibt die Zahl der Hungernden in den am stärksten von Krisen betroffenen Regionen der Welt auf ein neues Niveau. Im Jahr 2022 könnten 47 Millionen Menschen mehr von akutem Hunger betroffen sein. Da 50 Prozent der Getreidelieferungen aus der Ukraine und Russland stammen, hat WFP davor gewarnt, dass die steigenden Lebensmittelpreise zu weiteren Kürzungen lebenswichtiger Ernährungssicherungsprogramme führen könnten, mit denen mehr als 115,5 Millionen Menschen unterstützt werden.

Die Fehler im globalen Ernährungssystem, welche durch den Ukrainekrieg noch verschärft wurden, wirken sich

voraussichtlich unverhältnismäßig stark auf Frauen und Kinder aus. Sie sind am stärksten von Unterernährung und Hunger bedroht. Die unsichere Ernährungslage verschärft auch die bestehenden Risiken geschlechtsspezifischer Gewalt, wie Gewalt in der Partnerschaft, sexuelle Belästigung, Ausbeutung und Missbrauch sowie Früh- und Zwangsverheiratung.

Auf dem G7 Gipfeltreffen im Jahr 2021 haben sich die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten verpflichtet, auf die zunehmende Gefahr von Hungersnöten aufgrund der dreifachen Bedrohung durch Konflikte, Klimawandel und COVID-19 zu reagieren und diese durch die Umsetzung des Famine Prevention and Humanitarian Crises Compact (Pakt zur Verhinderung von Hungersnöten und humanitären Krisen) zu verhindern. Dieser baut auf früheren G7-Verpflichtungen auf, einschließlich der 2015 auf Schloss Elmau formulierten Verpflichtung, dass bis 2030 500 Millionen Menschen weniger von Hunger und Unterernährung betroffen sind. Die im Rahmen des Pakts eingegangenen Verpflichtungen, darunter die Aufstockung humanitärer Gelder, Unterstützung bei der Stärkung von Resilienz und die vorrausschauende Bereitstellung von Hilfsgeldern zur Vorbeugung von Hungersnöten, wurden weitgehend jedoch nicht umgesetzt. Die Folgen liegen auf der Hand: In nur einem Jahr ist die Zahl der Menschen, die weltweit unter Notfallniveaus akuter Ernährungsunsicherheit leiden – eine Einstufung, die besagt, dass sie kurz vor einer Hungersnot stehen –, von 34 Millionen in 2021 auf 44 Millionen in 2022 gestiegen.

Ohnehin unzureichenden Hilfsgeldern droht Umwidmung

Die anhaltende Unterfinanzierung der humanitären Hilfe hat dazu beigetragen, dass Hunger und Ernährungsunsicherheit das heutige Ausmaß angenommen haben. Das Horn von Afrika beispielsweise erlebt derzeit die trockensten Wetterbedingungen seit mehr als 40 Jahren. Doch die humanitäre Hilfe ist nach wie vor hoffnungslos unterfinanziert. Während die neuen Zusagen für die Region in Höhe von fast 1,4 Mrd. USD auf der Geberkonferenz im April 2022 zu begrüßen sind, bleibt der humanitäre Hilfsplan für Somalia, wo mehr als 6 Millionen Menschen in akuter Ernährungsunsicherheit leben, deutlich unterfinanziert. Auch in Jemen wird sich die Zahl der Menschen, die unter hungerähnlichen Zuständen leiden, im Jahr 2022 verfünffachen. Doch im humanitären Hilfsplan fehlen weiterhin mehr als 3 Mrd. USD. Auch in Afghanistan sind 6,6 Millionen Menschen von Notfallniveaus akuter Ernährungsunsicherheit betroffen – die höchste Zahl weltweit. Doch die internationale Nothilfe ist nur zu 15 Prozent finanziert.

Anstatt neue und zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren, haben einige G7- und EU-Länder staatliche Entwicklungs- und Hilfsgelder (Overseas Development Assistance, ODA) umgewidmet oder erwägen eine Umwidmung, um auf die Ukrainekrise zu reagieren. Dies verschärft die Auswirkungen der Unterfinanzierung zusätzlich. Infolge könnten die bestehenden Zusagen der G7-Staaten zur

Verhinderung von Hungersnöten ausgehöhlt werden, die u. a. vorsehen, kritische Finanzierungslücken bei humanitären Maßnahmen zu schließen, in langfristige Maßnahmen für von Hungersnöten bedrohte Länder zu investieren und vorausschauende Maßnahmen zur Abmilderung künftiger Schocks zu verstärken. Antizipative Finanzmittel, die bei Anzeichen einer bevorstehenden Krise freigegeben werden, können dazu beitragen, künftig Resilienz zu stärken. Untersuchungen der jüngsten humanitären Krisen zeigen jedoch, dass nur 2,3 Prozent der gesamten Gelder vorausschauend bereitgestellt wurden. Wenn Geberregierungen humanitären Bedarfen in der Ukraine Vorrang auf Kosten anderer dringender Krisen und langfristiger Entwicklungsprogramme einräumen, laufen sie Gefahr, ihren weltweiten Verpflichtungen nicht nachzukommen und unnötiges Leid für Millionen von Menschen zuzulassen.

Systemversagen

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen auf andere humanitäre Kontexte haben deutlich gemacht, dass die internationale Gemeinschaft bisher nicht in der Lage ist, Krisen zu antizipieren, auf Bedarfe angemessen zu reagieren und Grundbedarfe wie Nahrungsmittel zu decken. Er hat gezeigt, wie sich dieses Systemversagen in Ländern auswirkt, die bereits vom humanitären System im Stich gelassen werden. Wo politische Trägheit und Untätigkeit angesichts von Verstößen gegen das regelbasierte multilaterale System dazu führen, dass Millionen Menschen nicht über Nahrungsmittel und lebenswichtige Güter verfügen und gezwungen sind, ihre Existenzgrundlage aufzugeben. Die Ursache für die weltweiten humanitären Krisen ist nach wie vor *diplomatisches Versagen* in der Krisenprävention und Friedenssicherung. *Rechtliches Versagen* zeigt sich in der nicht geahndeten Missachtung des Völkerrechts und der Zunahme von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. *Operatives Versagen* wird deutlich angesichts der Überforderung im humanitären System, angemessen auf die vorhersehbaren Auswirkungen der Ukrainekrise weltweit zu reagieren – trotz jahrelanger Evaluierungen und Erkenntnisse, die den Wert vorausschauender Finanzierung und Maßnahmen belegen.

Die internationale Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen sind ein Test für die politische Bereitschaft, diese Trends abzuwenden, zu antizipieren und umzukehren. Massive Finanzierungsdefizite bei der humanitären Hilfe in akuten Krisen wie Afghanistan, Jemen, dem Horn von Afrika und der Sahelzone verdeutlichen das Ausmaß der Herausforderung. Dieser Bericht enthält Empfehlungen für die internationale Gemeinschaft und insbesondere für G7-Mitglieder, um die dringend benötigte diplomatische, humanitäre und entwicklungspolitische Führungsrolle zu übernehmen und die schlimmsten humanitären Auswirkungen dieser globalen Notsituationen abzuwenden.

Zeit zu Handeln für die G7 und die gesamte internationale Gemeinschaft

Als die weltweit größten Volkswirtschaften und Geber sowie als einflussreicher diplomatischer Block kann die G7 sicherstellen, dass der politische Umgang mit dem Ukrainekrieg nicht die Aufmerksamkeit von dramatischen humanitären Krisen anderswo ablenkt. Dazu gehören die Krisen in Afghanistan, Jemen, am Horn von Afrika und in der Sahelzone, die im nächsten Abschnitt dieses Berichts beschrieben werden, sowie andere auf der IRC Emergency Watchlist. In vielen dieser Kontexte verschärfen die Beschränkungen des humanitären Zugangs die Ernährungsunsicherheit und gefährden die Zivilbevölkerung, die für ihr Überleben auf Nahrungsmittelhilfe und andere Dienstleistungen angewiesen ist. Die Verweigerung des humanitären Zugangs ist ein Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht, insbesondere dann wenn die Verursachung von Hunger und Unterernährung explizites politisches Ziel ist.

Die internationale Gemeinschaft hat in ihrer Reaktion auf den Krieg in der Ukraine eine nahezu beispiellose Einigkeit demonstriert, indem sie eine UN-Resolution zur Forderung nach humanitärem Zugang und zur Untersuchung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht in diesem Konflikt nachdrücklich unterstützt hat. Die politische Untätigkeit in Bezug auf ähnliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in anderen Krisenregionen erschwert es sicherzustellen, dass die weltweit am stärksten gefährdeten Menschen den Zugang zu benötigter Hilfe erhalten. Es untergräbt ebenfalls die Fortschritte bei der Erfüllung früherer G7-Verpflichtungen.

In Vorbereitung auf den G7-Gipfel müssen G7 Staats- und Regierungschef*innen sich zu entschlossenen politischen und humanitären Maßnahmen verpflichten, die auf die drastische Zunahme von Ernährungsunsicherheit und weltweitem Hunger reagieren. Die Ankündigung der deutschen Regierung, sich im Rahmen des G7-Vorsitzes für ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit einzusetzen, ist zu begrüßen – insbesondere wenn dies koordiniert mit und aufbauend auf anderen Initiativen internationaler Organisationen und internationaler Finanzinstitutionen geschieht, und lebenswichtige Mittel für Länder, in denen die Ernährungslage unsicher ist, mobilisiert werden. Die G7 sollte dieses Momentum nutzen und sich verpflichten, entschieden gegen die Straflosigkeit bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und Zugangsbeschränkungen, die für viele Konflikte in der Welt kennzeichnend sind, vorzugehen.

Jetzt ist es an der Zeit, dass die G7 handelt und Diplomatie mit der notwendigen Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssicherheit und zur Vorbeugung gegen Hunger, Unterernährung und Hungersnöten verbindet.

Humanitäre Kontexte, die für die G7 weiterhin prioritär sein müssen

Afghanistan, Jemen, das Horn von Afrika und die Sahelzone gehören zu den Regionen mit der größten Ernährungsunsicherheit, die von steigenden Lebensmittelpreisen und Versorgungsunterbrechungen infolge des Ukrainekriegs besonders betroffen sind. Sie gehören auch zu den Weltregionen, in denen jede weitere Abnahme humanitärer Gelder und diplomatischer Aufmerksamkeit den Hunger, die Unterernährung und die Ernährungsunsicherheit, insbesondere für Frauen, Kinder und andere gefährdete Gruppen, erheblich verschlimmern wird.

Afghanistan

	Zahl der akut ernährungsunsicheren Menschen: 19,7 Millionen
	Zahl der Kinder unter 5 Jahren, die an akuter Unterernährung leiden: 3,2 Millionen
	Gesamtanteil der importierten Nahrungsmittel: 20 Prozent (Weizen)
	Prozentualer Anteil des aus der Ukraine und/oder Russland importierten Weizens: 0,76 Prozent

Afghanistans Hungerkrise

Afghanistan ist von einer der schlimmsten Hungerkrisen der Welt betroffen. 19,7 Millionen Afghan*innen leiden unter akuter Ernährungsunsicherheit, wobei fast 6,6 Millionen kurz vor einer Hungersnot stehen. Diese Zahl ist höher als in jedem anderen Land der Welt. In allen 34 Provinzen herrscht akute Ernährungsunsicherheit und 90 Prozent der afghanischen Haushalte geben an, dass die Ernährung Vorrang vor allen anderen Bedarfen hat. Eine schwere Dürre hat die landwirtschaftliche Produktion zerstört, die für 61 Prozent der afghanischen Haushalte eine lebenswichtige Einkommensquelle darstellt, während COVID-19 Beschäftigungsmöglichkeiten dezimiert hat und die jahrelange, konfliktbedingte Armut und Vertreibung noch verschlimmert. Seit August 2021 haben die internationalen Bemühungen, die Taliban zu isolieren, zu einer Wirtschaftskrise geführt. Infolge hat sich die bestehende Ernährungsunsicherheit noch verschlimmert und wir erleben heute dieses hohe Maß an Hunger.

Die afghanischen Frauen sind von der Hungerkrise am stärksten betroffen. Die Bewegungsfreiheit von Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum wird zunehmend eingeschränkt. Dadurch sind sie von wichtigen Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten abgeschnitten, die notwendig sind, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu sichern. In einer kürzlich durchgeführten Umfrage unter afghanischen Frauen gaben 100 Prozent der Befragten an, dass sich ihre finanzielle Situation im Haushalt verschlechtert hat. 66 Prozent gaben an, dass sie oft nicht genug zu essen haben.

Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine

Seit August 2021 hat sich diese akute Hungerkrise durch das Staatsversagen und den wirtschaftlichen Zusammenbruch noch verschärft. Nun droht der Krieg in der Ukraine die Preise für wichtige Nahrungsmittel, auf die Afghan*innen angewiesen sind, weiter zu erhöhen. WFP hat davor gewarnt, dass Afghanistan als einer der "Hunger-Hotspots" der Welt wahrscheinlich von den bereits steigenden Weizenpreisen stark betroffen sein wird. Aufgrund der Liquiditätskrise, mit der Afghanistan konfrontiert ist, und der Schwierigkeiten für Importeure, Zugang zu internationalen Bankensystemen zu erhalten, lagen die Weizenpreise in Afghanistan vor Beginn des Kriegs in der Ukraine bereits um 40 Prozent höher als im Juni 2021. Während Afghanistan Weizen in der Regel aus den Nachbarländern bezieht, ist das Land bei 73 Prozent aller Saatölimporte auf russische Einfuhren angewiesen – ein wichtiger Bestandteil der Grundnahrungsmittel. Da sich die meisten Afghan*innen schon jetzt keine Lebensmittel mehr leisten können, wären weitere Preissteigerungen katastrophal.

Das beispiellose Ausmaß der humanitären Not in Afghanistan seit August 2021 hat die internationale Gemeinschaft dazu veranlasst, die für 2022 benötigten Gelder im Afghanistan Hilfsplan der UN auf 4,4 Mrd. USD anzusetzen. Dies ist der bisher größte humanitäre Aufruf für ein einzelnes Land. Zwar konnten humanitäre Hilfsprogramme bisher die Gefahr einer Hungersnot im Winter abwenden, doch kann die Hilfe einen funktionierenden Staat oder eine funktionierende Wirtschaft nicht ersetzen. Angesichts der Gefahr eines weiteren Preisanstiegs bei Grundnahrungsmitteln in Afghanistan infolge des Ukrainekriegs muss die internationale Gemeinschaft unbedingt versuchen, die Unterstützung für die 6.6 Millionen Afghan*innen zu erhöhen, die kurz vor einer Hungersnot stehen.

Hauptursachen der Ernährungsunsicherheit

Die Versorgungsunterbrechungen verschärfen die bereits bestehenden Probleme bei der Einfuhr von Lebensmitteln. Nach der Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 isoliert die internationale Gemeinschaft die neuen De-facto-Autoritäten, indem sie den Zugang zu geschätzten 9,5 Mrd. USD an Devisenreserven einfroren und die Entwicklungszusammenarbeit einstellte. Gleichzeitig wurden durch Sanktionen gegen einige Mitglieder der Taliban-geführten Regierung Hindernisse für die Bereitstellung

humanitärer Mittel geschaffen. Dieses Vorgehen trägt zum akuten humanitären Notstand bei und legt das öffentliche und private Bankensystem des Landes lahm. So sind die Banken nicht mehr in der Lage, internationale Transaktionen, einschließlich Hilfslieferungen und Nahrungsmittelimporten, zu ermöglichen. Infolgedessen befindet sich das Land nun in einer massiven Liquiditätskrise, die die Preise für afghanische Normalbürger*innen unerschwinglich macht.

Trotz humanitärer und einiger kommerzieller Ausnahmen von den Sanktionen schränkt die Zurückhaltung von Banken bei Transaktionen mit Afghanistan weiterhin sowohl wichtige Importe als auch humanitäre Hilfe ein. Importe nach Afghanistan sind in der zweiten Jahreshälfte 2021 gegenüber dem gleichen Zeitraum 2020 um 47 Prozent zurückgegangen. Ohne weitere Klarheit über die Sanktionen, diplomatische Bemühungen zur Wiederbelebung der afghanischen Wirtschaft und die Unterstützung der Zentralbank werden Millionen Afghan*innen weiterhin unter einer der größten Ernährungsunsicherheiten der Welt leiden.

Die Hungernden erreichen

Aufgrund von Liquiditäts- und Bankeinschränkungen sind humanitäre Programme seit August 2021 weitgehend auf das Hawala-System (Netzwerke für informelle Geldüberweisungen) angewiesen. Das Hawala-System hat trotz hoher Kosten und anderer Einschränkungen die Fortsetzung und Ausweitung lebensrettender humanitärer Hilfe ermöglicht, wobei wichtige IRC-Maßnahmen in dieser Zeit auf neue Regionen Afghanistans ausgeweitet wurden. So wurde eine Hungersnot während des Winters erfolgreich abgewendet und die Zahl der Menschen, die unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden, ist von 22,4 auf 19,7 Millionen gesunken. Die Zahl der Menschen, die unter Notfallniveaus akuter Ernährungsunsicherheit leiden, wurde um fast 2 Millionen verringert.

Allerdings muss die Wirtschaftskrise Afghanistans angegangen werden, um die humanitäre Hilfe weiter auszubauen und dem Risiko eines erneuten Anstiegs der Ernährungsunsicherheit infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Afghanistans und des weltweiten Anstiegs der Weizenpreise entgegenzuwirken. Es müssen wieder formale Mechanismen für Geldtransfers geschaffen, die afghanische Zentralbank angemessen unterstützt und die Entwicklungszusammenarbeit dringend wieder aufgenommen werden. Ebenso sollten ausländische Vermögenswerte freigegeben werden. Weitere Einzelheiten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise in Afghanistan enthält der IRC-Bericht *From Humanitarian Response to Economic Recovery*.

Bis die internationale Gemeinschaft Unterstützung für das Funktionieren der afghanischen Wirtschaft anbietet, sollten unmittelbare Maßnahmen ergriffen werden. Eine kurzfristige Methode, um die Wirtschaft mit Bargeld zu versorgen und gleichzeitig die am stärksten von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen, sind humanitäre Bargeldhilfen. Humanitäre Bargeldhilfen sind ein bewährtes, wirksames Mittel zur Deckung des Grundbedarfs und zur stetigen Förderung der wirtschaftlichen Erholung. Durch die Unterstützung der Menschen beim Nahrungsmittelkauf kann Bargeld die lokalen Märkte stärken und ist in kleinem Maße eine Liquiditätsquelle für die afghanische Wirtschaft. Aus zahlreichen Regionen der Welt gibt es eindeutige Belege dafür, dass Menschen, die humanitäre Bargeldhilfen erhalten, einen großen Teil davon für Lebensmittel ausgeben. Darüber hinaus haben Bargeldhilfen in anderen Kontexten dazu beigetragen, die Ausgrenzung von Frauen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen abzumildern, indem sie ihnen mehr Unabhängigkeit und Kontrolle über Ressourcen verschaffen.

Jemen

	Zahl der akut ernährungsunsicheren Menschen: 19 Millionen
	Anzahl der Kinder unter 5 Jahren, die an akuter Unterernährung leiden: 2,2 Millionen
	Gesamtanteil der importierten Nahrungsmittel: 90 Prozent
	Prozentsatz des aus der Ukraine und/oder Russland importierten Weizens: 46,3 Prozent

Jemens Hungerkrise

Ein mehr als sieben Jahre lang andauernder Konflikt, eine zerstörte Wirtschaft und ein zerrüttetes politisches System haben dazu geführt, dass 23,4 Millionen Jemenit*innen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind; darunter 19,1 Millionen,

die derzeit Nahrungsmittelhilfe benötigen. Dies ist ein Anstieg um 2,9 Millionen seit dem letzten Jahr. Seit 2020 sind die humanitären Hilfspläne für Jemen bei jeder Geberkonferenz um mehr als 2 Milliarden US-Dollar unterfinanziert. Der Aufruf für 2022 ist derzeit um mehr als 3 Milliarden US-Dollar massiv unterfinanziert. Im Fall von Jemen ist insbesondere problematisch, dass Gelder für die Ukraine-Krise umgewidmet werden, die für die weltweite Bewältigung von Krisen vorgesehen waren. WFP war im Januar 2022 aufgrund dieser anhaltenden Finanzierungsengpässe gezwungen, die Nahrungsmittelrationen für 8 Millionen Jemenit*innen zu halbieren. Gleichzeitig hat eine Wirtschaftskrise 15,6 Millionen Jemenit*innen in extreme Armut gestürzt und die Bereitstellung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen untergraben, wodurch grundlegende Bedarfe nicht ohne internationale Hilfe gedeckt werden können.

Vor dem Krieg in der Ukraine waren die Preise von Nahrungsmitteln in Jemen stark gestiegen. Allein in den von

der jemenitischen Regierung kontrollierten Gebieten stiegen die durchschnittlichen Kosten für Grundnahrungsmittel im Jahr 2021 um 119 Prozent. Einer von drei vertriebenen Haushalten wird von Frauen geführt, die besonders von Ernährungsunsicherheit und Gewalt betroffen sind und meist nur erschwerten Zugang zu humanitärer Hilfe haben. Von anhaltender Unterernährung sind bereits 2,2 Millionen Kinder im Alter von unter fünf Jahren betroffen. 45 Prozent der jemenitischen Kinder sind unterernährt, und schätzungsweise 1,3 Millionen schwangere und stillende Frauen werden voraussichtlich von akuter Unterernährung betroffen sein.

Auswirkungen des Ukrainekriegs

Der Krieg in der Ukraine droht die unsichere Ernährungslage in Jemen erheblich zu verschärfen und die Zahl der von einer Hungersnot bedrohten Jemenit*innen könnte auf 161.000 Menschen ansteigen. Jemen ist eine stark von Importen abhängige Wirtschaft. 90 Prozent des Getreides werden importiert, wobei 46 Prozent des Weizens direkt aus der Ukraine und Russland stammen. Ebenso wird fast der gesamte Treibstoff importiert, der für die Verteilung von Waren unerlässlich ist. Dadurch ist Jemen akut durch weltweite Preissteigerungen bedroht. Der Ukrainekrieg hat den Preis für Weizen, Jemens wichtigstem Importgut, im März durch einen Preisanstieg von 19,7 Prozent seit Februar bereits auf ein Rekordniveau getrieben. Bereits 2021 hatte sich der Preis für Grundnahrungsmittel verdoppelt. Angesichts des Preisanstiegs in Verbindung mit einer massiven humanitären Finanzierungslücke warnt WFP davor, dass es zum zweiten Mal in diesem Jahr gezwungen sein wird, die Nahrungsmittelhilfe zu kürzen.

Hauptursachen der Ernährungsunsicherheit

Seit 2018 ist der Zugang zu den jemenitischen Häfen am Roten Meer und insbesondere zu Hodeidah – dem größten jemenitischen Hafen, über den 70 Prozent aller Einfuhren erfolgen – stark eingeschränkt. Die Kontrolle der Schifffahrt durch die von Saudi-Arabien und den Emiraten geführte Koalition und die Verzögerungen bei der Erteilung von Genehmigungen für die von den UN genehmigten Schiffe haben dazu beigetragen, dass Tempo und Umfang der Einfuhren von Lebensmitteln und Treibstoff erheblich reduziert wurden. Seit Juni 2020 haben die Beschränkungen für Treibstoffeinfuhren, die Hortung von Treibstoffvorräten und Preismanipulationen in Nordjemen dazu geführt, dass die Preise für die Verbraucher*innen zwischen 2018 und 2021 um schätzungsweise 76 Prozent gestiegen sind.

Um die Menschen zu erreichen, die in Jemen humanitäre Hilfe benötigen, müssen einige der weltweit schwersten Zugangshindernisse überwunden werden. Dazu gehören bürokratische Hürden, die von den Konfliktparteien in allen

Landesteilen errichtet wurden, weit verbreitete Unsicherheit und regelmäßige Angriffe auf humanitäre Helfer*innen. Jahr für Jahr sind bürokratische Hürden, wie regelmäßige Bewegungseinschränkungen für Mitarbeitende, die Aufforderung zur Weitergabe von Empfänger*innenlisten und monatelange Verzögerungen bei der Erteilung von Visa oder Reisegenehmigungen die am häufigsten auftretenden Zugangshindernisse. Sie machten im Jahr 2021 86 Prozent der registrierten Zugangsprobleme aus. Die inzwischen aufgelöste Group of Eminent Experts on Yemen (UN-mandatierte Gruppe hochrangiger Expert*innen für Jemen) stellte 2020 fest, dass "alle Konfliktparteien die humanitären Maßnahmen und den Zugang der Bevölkerung zu Nahrungsmitteln behindert haben".

Die Hungernden erreichen

Trotz dieser weitreichenden wirtschaftlichen und operativen Hindernisse wurden 2021 jeden Monat 11,1 Millionen Jemenit*innen mit Nahrungsmittelhilfe erreicht. IRC führt lebensrettende Maßnahmen durch und unterstützt die Grundbedarfe durch Mehrzweck-Bargeldhilfe, u.a. für Haushalte mit Kindern, die sich von der Unterernährung erholt haben. So konnten Familien unterstützt und ein Rückfall verhindert werden. Ebenso wurden diese Hilfen mit Unterstützung für den Gemüseanbau sowie Schulungen für unternehmerische Fähigkeiten und Stipendien für Frauen kombiniert.

Der von den Kriegsparteien für April 2022 angekündigte Waffenstillstand bietet eine potenzielle Chance, die schlimmste Ernährungsunsicherheit in Jemen zu lindern, und ist ein seltenes Beispiel für einen diplomatischen Erfolg in diesem Konflikt. Der erste landesweite Waffenstillstand seit 2016 bietet eine seltene Hoffnung auf Erhöhung der jemenitischen Importe, da die Parteien vereinbart haben, dass innerhalb von zwei Monaten 18 Treibstoffschiffe nach Hodeidah einfahren dürfen. Es ist nun entscheidend, dass die internationale Gemeinschaft den Waffenstillstand nutzt, um alle jemenitischen Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen. Dabei sollte auf den Waffenstillstand aufgebaut und alle Handlungen vermieden werden, die die erzielten und zerbrechlichen Fortschritte untergraben könnten.

Ob Hilfsorganisationen Millionen von Jemenit*innen vor einer Hungersnot schützen können, hängt davon ab, ob es der internationalen Gemeinschaft gelingt sicherzustellen, dass erstens der vorübergehende in einen dauerhaften Waffenstillstand umgewandelt wird, zweitens der humanitäre Hilfsplan in vollem Umfang finanziert wird und drittens die diplomatischen Bemühungen aufrechterhalten werden, um den humanitären Zugang zu verbessern.

Somalia und das Horn von Afrika

	Zahl der akut ernährungsunsicheren Menschen: 6 Millionen
	Zahl der Kinder unter 5 Jahren, die an akuter Unterernährung leiden: 1,4 Millionen
	Gesamtanteil der importierten Nahrungsmittel (Getreide): 90 Prozent
	Prozentualer Anteil des aus der Ukraine und/oder Russland importierten Weizens: 92 Prozent

Die Hungerkrise am Horn von Afrika

Klimakatastrophen, Konflikte und Vertreibung führen am Horn von Afrika zu einer zunehmenden Gefahr von Hunger und Hungersnöten. Die Gemeinden in dieser Region sehen sich derzeit mit den trockensten Wetterbedingungen seit über 40 Jahren konfrontiert, einer der schlimmsten klimabedingten Notsituationen der jüngeren Geschichte. Über 13 Millionen Menschen sind in Äthiopien, Kenia und Somalia von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Allein in Somalia werden im Zeitraum April bis Juni 2022 voraussichtlich sechs Millionen Menschen hungern müssen.

Auch die durch die Dürre verursachten Vertreibung nimmt zu. Im Februar 2022 waren 671.000 Menschen auf der Flucht. Frauen und Kinder sind von der Krise am stärksten betroffen und benötigen dringend lebensrettende Hilfe. Die Dürre hat das Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt erhöht, da Frauen und Mädchen weite Wege zurücklegen müssen, um Wasser zu holen. Ebenso werden erhöhte Fälle von Kinderehen verzeichnet, da die Menschen gefährliche Überlebensstrategien ergreifen müssen und Mädchen gezwungen sind, die Schule abzubrechen.

Um ihren wertvollen Viehbestand vor dem dürrebedingten Futtermangel zu bewahren, füttern die Viehzüchter*innen ihr Vieh mit den ohnehin begrenzten Getreidevorräten. Das erhöht den Druck auf die begrenzten Getreidevorräte weiter und vergrößert die Gefahr des Verhungerns, insbesondere für Kinder und Frauen.

Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine

Das Horn von Afrika ist besonders anfällig für die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die steigenden Weizen- und Ölpreise und die Unterbrechung der Lieferkette. Diese Region importiert rund 90 Prozent des Weizens aus der Ukraine und Russland, wobei Weizen und Weizenerzeugnisse ein Drittel des durchschnittlichen nationalen Getreideverbrauchs in der Region ausmachen. Somalia importiert 92 Prozent des Weizens aus Russland und der Ukraine.

Die Getreidepreise am Horn von Afrika waren aufgrund der kombinierten Auswirkungen von makroökonomischen Herausforderungen und Dürre bereits vor der Krise in der Ukraine hoch. In Somalia stiegen die Sorghum-Preise zwischen Oktober 2021 und Januar 2022 um 105 Prozent.

Diese Preise waren höher als während der Dürre 2017 und der globalen Lebensmittelpreiskrise 2008. Sie nähern sich den Rekordwerten von 2011, als eine Hungersnot ausgerufen wurde. Die Preisprognosen deuten darauf hin, dass die Getreidepreise weiter stark steigen werden.

Die Auswirkungen sind nicht nur auf Getreide beschränkt. Auch die Preise anderer importierter und lokaler Nahrungsmittel steigen aufgrund der anhaltenden Dürre, der hohen Kraftstoffpreise und Transportkosten auf den internationalen und lokalen Märkten, sowie der Unterbrechung der Lieferketten für wichtige importierte Nahrungsmittel. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist der Preis für Grundnahrungsmittel überall in Somalia gestiegen – in einigen Regionen sogar um über 50 Prozent. Angesichts der anhaltenden Wasserknappheit steigen in einigen Regionen auch die Preise für Wassertransporte.

Hauptursachen der Ernährungsunsicherheit





Der humanitäre Zugang in Somalia wird durch bürokratische Hindernisse, Umweltprobleme und Konflikte erschwert. Mehr als 900.000 Menschen leben derzeit in Gebieten, die von sanktionierten Terrorgruppen wie Al Shabaab kontrolliert werden, und haben keinen Zugang zu humanitärer Hilfe. Humanitären Organisationen werden aufgefordert, doppelte Steuern zu zahlen, und bei der Einstellung von Personal und der Auftragsvergabe behindert. Die fragile Infrastruktur und saisonalen Überschwemmungen führen zu Bewegungseinschränkungen, Importunterbrechungen und Einbruch der inländischen Versorgungsketten sowie zur Beeinträchtigung der Verfügbarkeit von Grunderzeugnissen und der Belieferung der Märkte mit Agrarerzeugnissen.

Die Hungernden erreichen

Als Mitglied des Konsortiums Building Resilient Communities in Somalia (BRCiS) unterstützt IRC von der Dürre betroffene somalische Gemeinden bei der nachhaltigen Verbesserung der Ernährungssicherheit und des Lebensunterhalts sowie der Stärkung der Resilienz gegenüber wiederkehrenden Schocks. Das Programm umfasst eine vorausschauende Bargeldkomponente, durch die Haushalte in Erwartung oder während einer Notsituation, beispielsweise eines Klima- oder Umweltschocks, für einen Zeitraum von zwei bis drei Monaten Bargeld erhalten. Dies wird mit einem klimaresilienten Gartenbau-Konzept kombiniert, das sich an ländliche, meist von Frauen geführte Hirtenhaushalte richtet. Dabei wird weniger Land und Wasser für den Anbau von frischem Gemüse benötigt. Auch werden Aspekte der Diversifizierung der Ernährung, der Ernährungsbildung, der Stärkung der Rolle der Frau und der Schaffung von Einkommen miteinander kombiniert.

In einer Region, in der die globale Erwärmung zu immer schwereren und häufigeren Dürren, Hitzebelastung, Krankheiten und dem Verlust der biologischen Vielfalt führen wird, muss der Aufbau der Resilienz für künftige Dürren beschleunigt werden. Gleichzeitig muss weiterhin rasch auf die dringenden Bedarfe der von Ernährungsunsicherheit betroffenen Gemeinschaften am Horn von Afrika reagiert werden.

Der Sahel

	Zahl der akut ernährungsunsicheren Menschen: 34,1 Millionen
	Zahl der Kinder unter 5 Jahren, die an akuter Unterernährung leiden: über 7 Millionen
	Gesamtanteil der importierten Nahrungsmittel: 8-28 Prozent (Weizen, Reis und Grobgetreide)
	Anteil des aus der Ukraine und/oder Russland importierten Weizens: 30-50 Prozent

Die Hungerkrise im Sahel

Westafrika ist von der schlimmsten Nahrungsmittelkrise seit einem Jahrzehnt bedroht: 41 Millionen Menschen werden voraussichtlich im Juni dieses Jahres hungern – ein historischer Höchststand. Mehr als 80 Prozent davon befinden sich in den am stärksten betroffenen Gebieten in der zentralen Sahelzone (Mali-Niger-Burkina Faso) und dem Tschadseebecken (Nigeria-Tschad-Kamerun). Alle Länder sind von der dreifachen Bedrohung durch den Klimawandel, Konflikte und den durch COVID-19 verursachten Wirtschaftsabschwung betroffen.

Der aktuelle Global Report on Food Crises geht davon aus, dass in der Region über 7 Millionen Kinder unter fünf Jahren an akuter Unterernährung leiden. Derzeit werden nur 20 Prozent der Kinder, die an akuter Unterernährung leiden, behandelt, und das Ausbleiben einer Behandlung hat tödliche Folgen. Obwohl die Datenlage dürftig ist, gehen die besten Schätzungen davon aus, dass jedes Jahr weltweit bis zu zwei Millionen Todesfälle bei Kindern auf schwere akute Unterernährung zurückzuführen sind. Die unsichere Ernährungslage in Verbindung mit Vertreibung, weit verbreiteter Unsicherheit aufgrund von gewalttätigem Extremismus und kommunalen Konflikten erhöht auch das Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt.

Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine

Bereits vor dem Ukrainekrieg litten die Länder der Sahelzone unter stark steigenden Lebensmittelpreisen, eingeschränktem humanitären Zugang und akuter Ernährungsunsicherheit. Pandemiebedingte Unterbrechungen der Lieferkette hatten die Preise in die Höhe getrieben und die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auf den lokalen Märkten beeinträchtigt. Die Region ist stark von Weizenimporten aus Russland und der Ukraine abhängig. Mehr als die Hälfte des von Mali und Kamerun verbrauchten Weizens stammt beispielsweise aus Russland.

Weitere Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt aufgrund des Ukraine Konflikts werden sich mit Sicherheit auf die Region auswirken, wo bereits jetzt die staatlichen Haushaltsspielräume begrenzt sind. Die lokalen Preise für Reis, Weizen, Öl, Zucker und andere verarbeitete Produkte sind in verschiedenen Ländern der Region bereits um 20 bis 50 Prozent gestiegen.

Hauptursachen der Ernährungsunsicherheit

Das bereits chronisch hohe Niveau der akuten Unterernährung in der Region hat sich in den letzten Jahren durch die sozioökonomischen Auswirkungen von COVID-19, Unsicherheit und bewaffneten Konflikten sowie durch die Folgen der Klimakrise weiter verschärft. Konflikte und Vertreibung haben zum Verlust von Lebensgrundlagen und zur Aufgabe von Anbauflächen geführt. Die jüngsten Dürreperioden haben auch zu einer schlechten Nahrungsmittelproduktion geführt. In einigen Teilen der Sahelzone ist die Getreideproduktion im Vergleich zum Vorjahr um etwa ein Drittel zurückgegangen.

Auch die nächste Agrarsaison ist in Gefahr. Der eingeschränkte Zugang zu den Feldern aufgrund der massiven Vertreibung der Bevölkerung und der unsicheren Lage wird die Vorbereitungen und die Ernte für die Saison 2022 erheblich beeinträchtigen. Außerdem sind die Saatgutvorräte erschöpft, und trotz der Verteilung durch Hilfsorganisationen gibt es nur begrenzte Möglichkeiten zum Kauf von Saatgut.

Angesichts der harten Dürrezeit ergreifen Gemeinschaften bereits gefährliche Maßnahmen um zu überleben, wie der Verkauf von Vieh und anderen Besitztümern, was ihre langfristige Resilienz beeinträchtigt. Die Menschen essen ihr Saatgut, sodass sie nichts mehr anpflanzen können, und verkaufen ihr Vieh. Ohne jede Einkommensquelle nehmen viele Kredite auf, um Saatgut oder Dünger zu kaufen, und geraten so immer tiefer in einen Kreislauf aus Armut und Verschuldung.

Die Hungernden erreichen

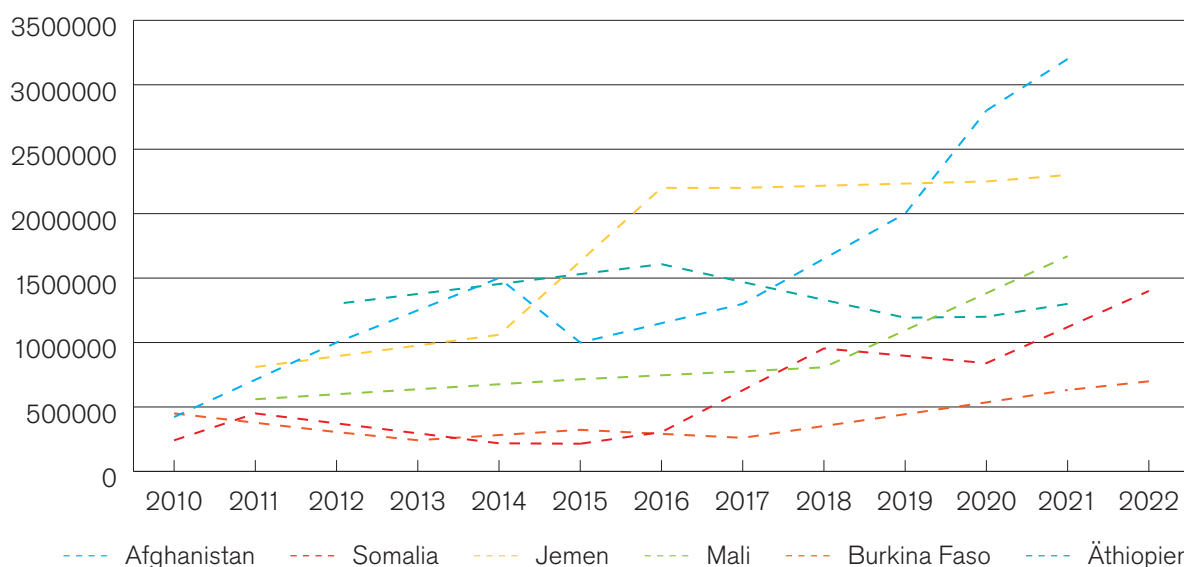
Die Erholung von wirtschaftlichen Schocks kann mindestens zwei bis drei Jahre dauern – aber angesichts der besonderen klimatischen Anfälligkeit der Region wird die Ernährungsunsicherheit und akute Unterernährung wahrscheinlich längerfristig weiter ansteigen. Neben der dringenden Reaktion auf die aktuelle Krise sollten sich Geberregierungen daher zu einer angemessenen vorausschauenden Finanzierung verpflichten, um auf kommende Klimaschocks vorbereitet zu sein. Ebenso sollten innovative Formen antizipativer Maßnahmen zur Verhinderung von Unterernährung bei Kindern gefördert werden, bevor es zu einem Anstieg akuter Unterernährung kommt (siehe Box 1).

Box 1: Innovative vorausschauende Ansätze gegen die Unterernährung von Kindern

Durch antizipative Maßnahmen können die Auswirkungen einer Krise, beispielsweise eines extremen Wetterereignisses, abgemildert und die Menschen vor den schlimmsten Folgen geschützt werden. Auch wenn wir den Ausbruch einer humanitären Krise nur in etwa der Hälfte der Fälle vorhersagen können, wissen wir, dass Dürreperioden und regelmäßig auftretende Krankheiten wie Malaria zu einem vorhersehbaren Anstieg des Risikos der akuten Unterernährung bei Kindern unter 5 Jahren führen.

Die Zahl der unterernährten Kinder steigt in den verschiedenen Weltregionen, in denen IRC arbeitet; obwohl bekannt ist, wie Unterernährung verhindert und behandelt werden kann.

Anzahl der Kinder, die an akuter Unterernährung leiden



Quelle: Demnächst erscheinender IRC Bericht "An Untapped Opportunity: Supporting, Scaling, and Simplifying Wasting Treatment"

Die Anwendung vorausschauender Ansätze kann dazu beitragen, den Tod von Kindern mit akuter Unterernährung zu verhindern, indem sichergestellt wird, dass flexible Finanzmittel, Personal, Versorgungsketten und Behandlungsmöglichkeiten vorhanden sind, bevor es zu einem Anstieg der akuten Unterernährung kommt. Antizipatives Handeln kann den Ausbau von Kapazitäten umfassen, die vereinfachte Ansätze für die Behandlung akuter Unterernährung bereitstellen, bevor Dürreperioden, die Inflation der weltweiten Nahrungsmittelpreise oder jährliche Überschwemmungen eintreten.

In der Sahelzone wurden 2022 durch bewaffnete Konflikte, eine frühe Dürreperiode und zu wenig gebrauchsfertige therapeutische Nahrung (ready-to-use therapeutic food, RUTF) die kontinuierliche Versorgung von Kindern mit akuter Unterernährung unterbrochen. Durch die Verknüpfung der Finanzierung von vorausschauenden Maßnahmen mit vereinfachten Ansätzen zur Behandlung akuter Unterernährung können Maßnahmen bereits vor einem erwarteten Anstieg der Unterernährungsrate ausgeweitet werden. Dies hat das Potenzial, die Kindersterblichkeit deutlich zu senken. In Mali arbeiten die Regierung, Gemeinden und zivilgesellschaftliche Akteure, darunter IRC, daran, Pflegepersonal und Familien in Techniken zu schulen, mit denen akute Unterernährung früher erkannt werden kann. In Niger wurde das Gesundheitspersonal in Gemeinden darin geschult, akute Unterernährung festzustellen und zu behandeln, wodurch die kontinuierliche Versorgung fortgesetzt werden kann, insbesondere wenn der humanitäre Zugang eingeschränkt ist.

Die UN schätzen, dass 2022 in Burkina Faso fast 700.000 Kinder unter 5 Jahren akut unterernährt sein werden, wobei die Zahl der Fälle von schwerer akuter Unterernährung im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent ansteigen wird. Durch eine Verpflichtung zu angemessener antizipativer Finanzierung der Behandlungen von Unterernährung, kann das Risiko des erwarteten Anstiegs der Unterernährungsfälle in der Sahelzone und in anderen humanitären Kontexten im Jahr 2022 gemindert, und sichergestellt werden, dass jedes Kind mit akuter Unterernährung Zugang zu einer Behandlung hat.

Erforderliche Maßnahmen gegen Hunger und für mehr Resilienz

IRC hat im Bericht Ending the Hunger Crisis (Die Hungerkrise beenden) 2021 die unmittelbaren und langfristigen Maßnahmen beschrieben, die die G7 und die internationale Gemeinschaft ergreifen müssen, um die weltweite Hungerkrise zu beenden. Dazu gehören auf kurze Sicht die Finanzierung von humanitären Bargeldhilfen sowie bewährter Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von akuter Unterernährung. Ebenso wichtig sind auch diplomatische Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für den humanitären Zugang. Längerfristige Resilienz setzt inklusive Ernährungssysteme voraus, die Frauen und Mädchen stärken, und klimaresilient sind. Diese Kombination aus koordinierter humanitärer Hilfe und längerfristigen Entwicklungsmaßnahmen ist ein wirksamer Weg, um auf den zunehmenden Hunger zu reagieren und diesen abzumildern (siehe Box 2).

All dies setzt voraus, dass humanitäre Maßnahmen ausreichend finanziert werden und die Gelder Hilfsorganisationen vor Ort erreichen. Ebenso braucht es eine bessere Vorbereitung auf künftige Risiken durch vorausschauende und risikoorientierte Finanzierung. Vielversprechende Schritte in diese Richtung wurden kürzlich im Rahmen des Global Network Against Food Crises unternommen. Angesichts der anhaltenden dreifachen Bedrohung durch Konflikte, die Klimakrise und COVID-19 sowie des voraussichtlichen Anstiegs der Zahl der Menschen, die im Jahr 2022 von einer akuten Ernährungsunsicherheit betroffen sein werden, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die G7 diesen Maßnahmen neues politisches Momentum verleiht und gleichzeitig wichtige Schritte unternimmt, um die durch den Krieg in der Ukraine verschärften Risiken zu mindern.

Box 2: Die Eindämmung des Hungers erfordert koordinierte humanitäre Hilfe und längerfristige Entwicklungsmaßnahmen

Um akuter Ernährungsunsicherheit vorzubeugen, müssen humanitäre Hilfe, beispielsweise in Form von Bargeldhilfen und Mitteln zur Vorbeugung und Bekämpfung von Unterernährung, mit entwicklungspolitischen Maßnahmen kombiniert werden, die zur Verbesserung der Ernährungssicherheit durch die Förderung lokaler, vielfältiger und klimaresilienter Ernährungssysteme beitragen und die langfristige Widerstandsfähigkeit und den Lebensunterhalt sichern. Dies setzt voraus, dass Geber die Spaltung zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit durch eine stärkere Koordinierung, gemeinsame Planung und längerfristige Finanzierung überbrücken – was gleichzeitig zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen würde.

Ein Beispiel dafür, wie IRC diesen Ansatz in die Praxis umsetzt, ist Afghanistan. Dort stellt IRC in den frühen Phasen einer Krisensituation Bargeldhilfen bereit und stärkt gleichzeitig die langfristige Resilienz, indem klimatisch angepasste, technische Schulungen zu klimaspezifischen Anbaumethoden für Küchengärten von Frauen angeboten werden. So werden sie dabei unterstützt, ein eigenes Unternehmen zur Verarbeitung von Obst, Gemüse und Milchprodukten aufzubauen, um ein Einkommen zu erzielen und die Ernährungssicherheit für sich und ihre Familien zu verbessern.

Aufbau integrativer und resilienter Lebensmittelsysteme angesichts der globalen Erwärmung und der Ukrainekrise

Nach neuen Erkenntnissen über die negativen Auswirkungen der Erderwärmung auf die Ernährungssicherheit sowie über die von COVID-19 verursachten Unterbrechungen der Lieferketten in den letzten Jahren, macht der Krieg in der Ukraine erneut die Notwendigkeit einer Reform der Ernährungssysteme deutlich. Vielfältige, lokale, inklusive und klimaresiliente Lebensmittelsysteme sind entscheidend, um die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten und energieintensiven, chemischen Düngemitteln zu verringern.

Dazu sollten agrarökologische Anbaumethoden gehören, die lebenswichtige Ökosysteme und die biologische Vielfalt schützen und die Produktion diversifizieren, um die Abhängigkeit von Hauptgetreidearten zu reduzieren.

Ein feministischer Ansatz ist unerlässlich, um die Ernährungssicherheit zu erhöhen und die Klimaresilienz zu stärken (siehe Box 3). Langfristige Investitionen in lokale Lösungen für Ernährungssicherheit und Klimaresilienz, bei denen die Führungsrolle von Frauen, Mädchen und Geflüchteten im Mittelpunkt steht, sind entscheidend, um künftige Generationen vor Schocks wie Preissteigerungen und unterbrochenen Lieferketten zu schützen.

Die Bedeutung vorausschauenden Handelns

Damit Krisen vorsorglich vermieden werden können, sollte die internationale Gemeinschaft zusammenarbeiten, um künftige Risiken besser vorherzusagen und sich auf diese vorbereiten zu können. Dies sollte mit Hilfe von Analyseinstrumenten und antizipativer, risikobasierter Finanzierung geschehen. Letztes Jahr hat die G7 vorausschauenden Maßnahmen Priorität eingeräumt, wobei der Schwerpunkt auf Klimaresilienz lag. In ähnlicher Weise könnte die Umsetzung des deutschen Vorschlags eines „Globalen Schutzschirms“ gegen Klimarisiken die Finanzierung zur Bewältigung der Klimaauswirkungen sicherstellen. Um die Wirksamkeit dieser Initiative zu maximieren, müssen die am stärksten gefährdeten und betroffenen Gemeinschaften ein Mitspracherecht haben,

damit die Maßnahmen ihren Bedarfen und Umständen am besten gerecht werden. Die deutsche G7-Präsidentschaft hat auch die Möglichkeit, andere Formen des antizipativen Handelns auszuweiten, beispielsweise zur Verhinderung von Unterernährung bei Kindern (siehe Box 1 auf Seite 11).

Das Zeitfenster für wirksame vorausschauende Unterstützung von Millionen von Menschen, die von Hunger bedroht sind, schließt sich schnell. G7-Regierungen sollten sich nun bemühen, die kollektive Verpflichtung aus dem Famine Prevention and Humanitarian Crisis Compact in die Tat umzusetzen und dringend benötigte humanitäre Mittel aufzustocken.

Box 3: Warum ein feministischer Ansatz zu Ernährungssicherheit?

Ein feministischer Ansatz ist unerlässlich, um Ernährungssicherheit zu erhöhen und die Resilienz gegenüber dem Klimawandel zu stärken. IRC setzt einen feministischen Ansatz in den schwierigsten Kontexten um, indem in Programmen zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Ernährungssicherheit darauf hingearbeitet wird, dass von Krisen betroffene Frauen die Kontrolle über und den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, Vermögenswerten, Arbeitsplätzen und Märkten erhalten. Dies führt zu mehreren positiven Ergebnissen:

- 1. Ein feministischer Ansatz bedeutet, dass der humanitäre Grundsatz der Neutralität eingehalten wird.** Um sicherzustellen, dass humanitäre Maßnahmen zur Ernährungssicherung alle Menschen in Not unterstützen, müssen wir berücksichtigen, wie bestehende Machtstrukturen Frauen und Mädchen ausgrenzen und diskriminieren.
- 2. Mit einem feministischen Ansatz können wir wirksamer helfen.** Feministische Programme sind der Rechenschaft gegenüber den Menschen verpflichtet, die sie unterstützen. Das bedeutet, dass Rückkopplungsschleifen in die Programmplanung eingebaut werden, um sicherzustellen, dass sie den lokalen Gegebenheiten entsprechen und Dienstleistungen effektiv erbracht werden.
- 3. Ein feministischer Ansatz bedeutet, dass Frauen Teil der Lösung sind.** Frauen und Mädchen sind zentral für den Wandel in ihren Gemeinschaften und können am besten erkennen, welche Unterstützung sie benötigen. Ein feministischer Ansatz zu Ernährungssicherheit stellt sicher, dass lokale frauengeführte und Frauenrechtsorganisationen gleichberechtigt an der Entscheidungsfindung teilnehmen und Zugang zu Ressourcen erhalten.
- 4. Ein feministischer Ansatz zu Ernährungssicherheit ermöglicht dauerhafte positive Veränderungen.** Er ermöglicht geschlechtsspezifische humanitäre Maßnahmen, die Landwirtinnen stärken, z. B. durch die Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu finanziellen Mitteln und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln. Die Überwindung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Landwirtschaft würde zu einer erheblichen Steigerung der Ernteerträge führen.
- 5. Ein feministischer Ansatz gewährleistet die Sicherheit von Frauen und Mädchen.** Feministische Praxis bedeutet, dass die Sicherheitsbedenken von Frauen und Mädchen bei der humanitären Hilfe in allen Sektoren berücksichtigt werden. Maßnahmen, bei denen Bargeld verteilt wird, sollten beispielsweise unter Berücksichtigung der Sicherheit, Würde und Rechte von Frauen und Mädchen konzipiert werden.

Handlungsempfehlungen für die G7 und die internationale Gemeinschaft

Das übergreifende Ziel der deutschen G7-Präsidentschaft ist es, gemeinsam Fortschritte auf dem Weg zu einer gerechten Welt zu erzielen. Die Bekämpfung des noch nie dagewesenen Hungers in der Welt und der Aufbau eines gerechteren und nachhaltigeren Ernährungssystems sind wesentliche Bestandteile dieses Selbstanspruchs.

Wenn die G7 im Juni 2022 in Deutschland zusammentritt, hat sie die Gelegenheit und die Verantwortung, gegen die globale Hungerkrise vorzugehen und zu verhindern, dass der Krieg in der Ukraine von Krisen betroffene Menschen weltweit an den Rand einer Hungersnot treibt. Die Solidarität, die die G7 angesichts des Ukrainekriegs gezeigt haben, muss mit dringenden Maßnahmen in anderen Weltregionen einhergehen, um die Folgen des Hungers zu bewältigen. Die G7 muss nicht nur auf die unmittelbaren Auswirkungen von Ernährungsunsicherheit und Unterernährung reagieren, sondern auch über multilaterale Mechanismen und mit den am stärksten betroffenen Gemeinschaften koordinierte Maßnahmen ergreifen, um das fehlerhafte Ernährungssystem auszubessern und langfristige Resilienz in betroffenen Ländern gegenüber künftigen Schocks zu stärken.

1. Keine Krise vergessen: Sicherung und Aufstockung der Mittel zur Verhinderung von akutem Hunger und Hungersnöten

Die G7-Mitglieder und andere Geber sollten Folgendes umsetzen:

- **Einhaltung bestehender Finanzierungszusagen für humanitäre Krisen** wie Afghanistan, Jemen, das Horn von Afrika und die Sahelzone, indem die humanitären Hilfspläne aus dem Jahr 2022 erfüllt und die Finanzierungslücken der von den steigenden Nahrungsmittelpreisen betroffenen Hilfsorganisationen geschlossen werden.
- **Erhöhung der Haushaltsmittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit** im Einklang mit dem Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in internationale Hilfe zu investieren. Dabei sollte Führungsstärke demonstriert werden, indem finanzielle Zusagen für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit eingehalten werden und eine Umverteilung von Geldern vermieden wird. Nur so kann die internationale Gemeinschaft sicherstellen, dass das Ziel *Leave No One Behind* erreicht wird.
- **Bereitstellung vorausschauender Finanzierung für humanitäre Kontexte**, die bekanntermaßen von ukrainischem und/oder russischem Weizen und anderen Produkten abhängig sind, mit Schwerpunkt auf Klimaresilienz und die Bewältigung von Unterernährung.

2. Ausweitung bewährter Maßnahmen zur Eindämmung der Auswirkungen des Ukrainekriegs auf den Hunger weltweit

Die G7-Mitglieder und andere Geberregierungen sollten Folgendes umsetzen:

- **Ausbau der geschlechts- und klimasensiblen Maßnahmen zur Ernährungssicherheit in humanitären Kontexten**, die von Versorgungsunterbrechungen und gestiegenen Nahrungsmittelpreisen betroffen sind. Dies sollte mehrjährige, flexible Zuschüsse für humanitäre Gelder einschließen, um den gestiegenen Bedarf in Gemeinschaften mit unsicherer Ernährungslage zu decken. Ebenso sollten Programme zur Prävention und Bekämpfung von Unterernährung in Hochrisikokontexten einbezogen werden. Erforderlich ist hierfür die Koordinierung zwischen den Akteuren der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit.
- **Investitionen in bessere Information und Analyse von Katastrophenrisiken**, in eine besser vorhersehbare Risikofinanzierung sowie in andere Formen vorausschauender Maßnahmen, die in Absprache mit den betroffenen Gemeinschaften im Einklang mit den Empfehlungen der [Crisis Lookout Coalition](#) entwickelt werden.
- **Mehr Unterstützung für langfristige und integrative Sozialschutzprogramme und soziale Sicherheitsnetze** in Ländern, die von Fragilität, Konflikten und Vertreibung betroffen sind, um gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen und gleichzeitig die Verknüpfung zwischen Sozialschutz und Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit zu verbessern.

3. Die Fehler im globalen Ernährungssystem ausbessern

Die G7-Mitglieder und die gesamte internationale Gemeinschaft sollten Folgendes umsetzen:

- Einsatz für langfristige und groß angelegte **Investitionen in lokale, geschlechts- und klimasensible sowie diversifizierte Nahrungsmittelproduktion und Saatgutssysteme**. Vorrangig sollten Investitionen in agrarökologische Ansätze getätigt werden, um erstens die Abhängigkeit von Nahrungsmitteln, synthetischen Düngemitteln und anderen Produktionsmitteln zu verringern, und zweitens die nachhaltige Ressourcen- und Wasserbewirtschaftung sowie den Zugang zu Land zu verbessern.
- Unterstützung der von Krisen betroffenen Länder bei der **Verbesserung des Nacherntemanagements und der Diversifizierung der Wertschöpfungsketten, Vertriebsnetze und Handelsbeziehungen**.
- **Schaffung eines Bündnisses für globale Ernährungssicherheit und eines "Globalen Schutzschirms" gegen Klimarisiken**, wie von Deutschland vorgeschlagen, in enger Zusammenarbeit mit gefährdeten und betroffenen Ländern, um sicherzustellen, dass ihre Bedarfe erfüllt werden.

4. Stärkung der humanitären Diplomatie und Beendigung der Straflosigkeit

Die G7-Mitglieder sollten Folgendes umsetzen:

- **Priorisierung der diplomatischen Bemühungen zum Schutz und zur Ausweitung des humanitären Zugangs in Konfliktgebieten**, u.a. durch:
 - Stärkung bestehender Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismen, um eine wirksame und evidenzbasierte humanitäre Diplomatie von G7-Staaten mit Einfluss auf Konfliktparteien zu ermöglichen;
 - In Fällen, in denen bestehende Mechanismen versagen, sollte die Möglichkeit der Einrichtung unabhängiger Mechanismen geprüft werden, die eine zeitnahe Berichterstattung über Zugangsbeschränkungen ermöglichen;
 - Ergreifung von Maßnahmen zur Beseitigung operativer Hindernisse, einschließlich restriktiver Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene, durch wirksame humanitäre Ausnahmen in Sanktionsregimen.
- **Nutzung aller Mechanismen, um die Verantwortlichen für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen**, einschließlich derjenigen, die Hunger und Ernährungsunsicherheit verschärfen.
 - Dabei sollte sichergestellt werden, dass bestehende internationale Rechenschaftsmechanismen über die erforderlichen Mittel und Fachwissen verfügen, um die Behinderung des humanitären Zugangs oder von Hunger als Kriegswaffe wirksam nachzuverfolgen.
 - Auf nationaler Ebene sollten sich die G7-Staaten in allen Kooperationen mit Sicherheitsakteuren zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts verpflichten und dafür sorgen, dass Verstöße untersucht und Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden.
 - Alle G7-Staaten sollten die Aussetzung des Vetorechts im UN-Sicherheitsrat in Fällen von Massengreuelaten unterstützen, damit der Rat wirksam auf die schwersten Krisen der Welt reagieren kann.

**New York**

122 East 42nd Street
New York, NY 10168-1289
USA

Amman

ABldg. 6 Khalil Dabbas Street.
P.O.Box. 850689,
Amman – Jordanien

Bangkok

888/210–212 Mahatun
Plaza Bldg., 2nd Floor
Ploenchit Road
Lumpini, Pathumwan
Bangkok 10330
Thailand

Berlin

Wattstraße 11
13355 Berlin
Deutschland

Brüssel

Square de Meeûs 5-6
De Meeûssquare 5-6
1000 Brussels
Belgien

Genf

7, rue J.-A Gautier
CH-1201
Genf
Schweiz

London

100 Wood Street,
London EC2V 7AN
England, UK

Nairobi

Galana Plaza, 4th Floor
Galana Road, Kilimani
Nairobi, Kenia

Stockholm

The Park,
Magnus Ladulåsgatan 3,
118 65 Stockholm,
Schweden

Washington, D.C.

1730 M Street, NW
Suite 505
Washington, DC 20036
USA

BESUCHEN SIE
UNSERE WEBSEITE
WWW.RESCUE-DE.ORG

RUFEN SIE UNS AN
+49 (0)30 5520 4697